

Presseerklärung Bunte Linke/Die Linke

22.12.2010

Als völlig unverständlich bezeichnete es der Sprecher der Heidelberger Bunten Linken, Bernd Zieger, dass die Gemeinde Sandhausen ein Paket an Ausgleichsmaßnahmen als Ersatz für den Rückbau der L 600 vehement ablehne. Der Rückbau der L 600 war in der Planfeststellung für den Bau der B 535 als Ausgleichsmaßnahme für den Flächenverbrauch und die Biotopzerschneidung durch diese Straße festgesetzt worden. „Das Regierungspräsidium ist Sandhausen weit entgegen gekommen und hat stattdessen einen Rückbau der Straße "Am Forst" vorgeschlagen“, so der BL-Vertreter. Dadurch würden zwei Teilbereiche der wertvollsten Binnendünen Deutschlands wieder vernetzt. Die Gemeinde selbst habe in Jahresfrist nur völlig unzureichende Vorschläge für Ersatzmaßnahmen vorgelegt. Sie sei aber der eigentliche Verursacher der Naturschäden durch die B535: Sie habe damals auf der heutigen, die Natur besonders beeinträchtigenden Trassenführung bestanden und habe den Rückbau der L 600 als Ausgleichsmaßnahme akzeptiert.

„Seit 20 Jahren ist nicht nur der Bau der B 535 Rechtslage, sondern auch der Rückbau der Rückbau der L 600“, stellte Stadtrat Dr. Arnulf Weiler-Lorentz (Bunte Linke/Die Linke) fest. Die Gemeinde Sandhausen habe sich seit der Planfeststellung mit allen Mitteln dem Rückbau der L 600 widersetzt und ihn bislang verhindert. Sie habe in keiner Weise ihre Verkehrsplanung und die Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten an der Rechtslage ausgerichtet, sondern vielmehr eine Stadtentwicklung betrieben, die einen großen Teil der jetzt beklagten Verkehrsbelastung erst herbeiführte, so der Stadtrat. Sandhausen habe es insbesondere versäumt, im Sinne einer zukunftsweisenden Verkehrsplanung den öffentlichen Personennahverkehr auszubauen. Die Verlängerung der Kirchheimer Straßenbahnlinie nach Sandhausen etwa sei am Widerstand des Sandhäuser Gemeinderates gescheitert. Die vom Regierungspräsidium vorgeschlagenen Maßnahmen seien der letzte Kompromiss, der noch akzeptabel sei. Er kündigte an, das Thema erneut in den Heidelberger Gemeinderat einzubringen.